

Ostdeutsche Identitätspolitik

Ritter, Claudia

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ritter, C. (1997). Ostdeutsche Identitätspolitik. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Differenz und Integration: die Zukunft moderner Gesellschaften ; Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie im Oktober 1996 in Dresden ; Band 2: Sektionen, Arbeitsgruppen, Foren, Fedor-Stepun-Tagung* (S. 373-375). Opladen: Westdt. Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-138845>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

- Easton, David 1965, *A System Analysis of Political Life*. Chicago.
- Easton, David 1975, A Re-Assessment of the Concept of Political Support. *British Journal of Political Science* 5: 435-457.
- Easton, David 1979, *A Systems Analysis of Political Life*. New York et al.
- Jerschina, Jan 1995, A Comparative Analysis of Political and Economic Values in Russia, Ukraine, Belarus, Estonia, Latvia, Lithuania, the Czech Republic, Slovakia, and Poland. Krakau.
- Lipset, Seymour M. 1981, *Political Man. The Sozial Bases of Politics*. Baltimore.
- Lipset, Seymour M. 1990, The Centrality of Political Culture. *Journal of Democracy* 4: 80-83.
- Pickel, Gert/Pickel Susanne 1996a, Nicht nur die Politiker zählen – Einige vergleichende Ergebnisse über die Demokratisierung in Osteuropa im Zeitverlauf mit Hilfe der Ventral and Eastern Eurobarometer. In: *ZA-Information* 38: 82-93.
- Pickel, Gert/Pickel Susanne 1996b, Unterschiede in der Demokratiezufriedenheit und im Wahlverhalten zwischen ost- und westeuropäischen Staaten. In: Gabriel, Oscar W./Falter, Jürgen W. (Hg.), *Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien*. Bern: 176-203.

Dipl. pol. Susanne Pickel, Ebertusstr. 4, D-15234 Frankfurt/Oder

4. Ostdeutsche Identitätspolitik

Claudia Ritter

Die Ergebnisse der politische Kulturforschung enthalten zahlreiche Hinweise auf eine Suche von Ostdeutschen nach einer Identität, die sie ausdrücklich als Ostdeutsche ausweist. Gleichwohl tragen zahlreiche Umfragen sowie die Annahme von einem *cultural lag* wenig dazu bei, die eher paradoxen Bedingungen dieser Identitätssuche als Tendenzen einer modernen Identitätspolitik zu rekonstruieren. Diese äußert sich als eine deutliche Abgrenzung von Westdeutschen, die in den verschiedenen politischen Lagern Ostdeutschlands anzutreffen ist. Eine Möglichkeit, die Muster ostdeutscher politischer Identitätsbildung zu analysieren, bietet die Untersuchung der drei Dimensionen von Identität: Distinktion, Ethik und Kohärenz, die mit Rückgriff auf Erikson, Mead und Habermas als grundlegende Komponenten der Identitätsbildung herausgearbeitet werden können. Der soziologische *bias* dieser Theorietradition erlaubt es, die politische Identitätsentwicklung im Wechselspiel mit den politisch-institutionellen Konstellationen zu sehen und die Quellen, aus denen so etwas wie die Kraft einer Dynamik zur Identitätspolitik entsteht, nicht nur in psychologischen Kategorien zu rekonstruieren.

- 1) Jede Identität enthält eine Zuordnung zur eigenen Person oder Gruppe und damit auch immer schon eine implizite oder explizite Abgrenzung von anderen. Von einer Abgrenzungsidentität soll dagegen gesprochen werden, sobald zwei Voraussetzungen erfüllt sind. 1. Die zwei Dimensionen der Identität, die Kohärenz und Ethik, werden den Bedürfnissen der Distinktion untergeordnet. 2. Homogenitäten mit anderen Individuen oder Kollektiven müssen geleugnet werden. Der zunehmende Trend, sich eher als Ostdeutsche, denn als Deutsche zu fühlen, die anhaltende Unterstützung der PDS, die wenn auch knappe Ablehnung des Zusammengehens von Berlin und Brandenburg lassen sich als

Phänomene einer identitätsstiftenden Form der Abgrenzung interpretieren. Bemerkenswert an dieser Entwicklung ist, daß eine Distinktion von Westdeutschen für ostdeutsche Probleme birgt und dennoch weiterhin vollzogen wird. Trotz der vier Jahrzehnte unterschiedlicher Erfahrungen haben Ost- und Westdeutsche viel gemein, insbesondere auch in ihrer politischen Kultur. Dies wird deutlicher, wenn beide Gruppen der neuen Republik in ihrer jeweiligen internen politischen Heterogenität betrachtet werden. Sie weisen meist die gleichen oder zumindest sehr ähnliche Typen an politischen Orientierungen und nationalen Identitäten auf. Lediglich die Proportionen, in denen sie in der Bevölkerung verteilt sind, fallen im Osten und Westen der Republik unterschiedlich aus. Eine Abgrenzung von Westdeutschen verlangt den Ostdeutschen immer auch eine Leugnung eigener Präferenzen oder Ignorierung der ostdeutschen politischen Heterogenität ab sowie das Vergessen, 1989/90 westdeutsche Institutionen befürwortet zu haben. Vor diesem Hintergrund werden die Motive für die Anstrengung der Abgrenzung interessant. Das Bedürfnis der kollektiven Selbstfindung und der Wunsch nach Selbstbehauptung einer sich in der Transformation als unterlegene Minderheit erfahrenden Gemeinschaft erweisen sich nicht überzeugend als einziger Grund für eine derartige Distinktion. Sie kann durch einen Bedarf verstärkt werden, historische Gemeinsamkeiten von Ost- und Westdeutschen, die insbesondere auch mit dem Faschismus entstanden sind, aus dem kollektiven Bewußtsein fernzuhalten.

- 2) Auf der Ebene einer politischen Ethik, den positiven Vorstellungen von dem, was Politik sein soll, lassen sich Abgrenzungen von westdeutschen Politikformen beobachten. Die Bevorzugung des in der polnischen politischen Kultur etablierten »runden Tisches«, die Befürwortung von demokratischen Institutionen, die sich von denen in Westdeutschland unterscheiden, sind Beispiele für eine Distanzierung von der politischen Kultur der alten Bundesrepublik. Auch der auf der lokalen Ebene zu beobachtende Versuch, politische Entscheidungen per Konsens herzustellen, kann mehr bedeuten, als ein üblicher lokaler Protektionismus gegenüber politischen Vorgaben von Bund und Ländern. Die Praktizierung eines vorausgesetzten Konsenses zwischen den Entscheidungsakteuren und die damit entstandene Wiederbelebung staatssozialistischer Entscheidungsmuster ist eine Möglichkeit, sich bei der lokalen Ausbildung eigener demokratischer Politikformen, von westdeutschen Vorbildern zu unterscheiden.
- 3) Die Möglichkeiten, unterschiedliche Zeitabschnitte und Erfahrungen sowie die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche in einen sinnstiftenden Zusammenhang zu bringen, sind kontingenter und von daher die Bedingungen einer Kohärenzbildung komplizierter geworden. Sie förderten Vorstellungen von fragmentarischen und postmodernen Identitäten. Sobald Aspekte der Kohärenzbildung auf die Entwicklung von politischen Identitäten bezogen werden, treten zwei Grenzziehungen im Bereich des Politischen in den Vordergrund. Zum einen ist die Definition des Politischen, insbs. in ihrer Unterscheidung vom Privaten, diffus geworden und verkompliziert die Ausbildung einer politischen Ethik im Rahmen der politischen Identitätsbildung. Zum anderen ist der Status von vertrauten politischen Einheiten, wie die Nation, im Gefüge globalisierter wie regionalisierter Politik unsicher geworden. In der DDR praktizierten die Menschen in der Regel eine hohe Referenzbildung zwischen den beiden wichtigsten gesellschaftlichen Sphären, der

offiziellen-öffentlichen und der privaten Sphäre, indem sie die Regeln des ersten durch informelle Netzwerke des zweiten Bereichs in Schach zu halten versuchten.

Die Entwicklung dieser informellen Netzwerke in den Zeiten der Transition und das Ausmaß, in dem ihre Regeln in politischen Kontexten Anwendung finden, sind bisher kaum untersucht worden. Solange in der Soziologie überwiegend Westfolien auf die ostdeutsche Gemeinschaftsbildung gelegt werden, bleiben ost-eigene Entwicklungen weitgehend unbemerkt. Aus diesem Grund werden hier die potentiell originären ostdeutschen Vergemeinschaftungsformen in einem Arbeitsbegriff *primary associations* genannt. Er soll zum einen für die nötige begriffliche Offenheit gegenüber einer wenig bekannten Entwicklung sorgen und zum anderen das – aus westlicher Perspektive – ungewöhnliche Zusammengehen von informellen Bindungen, Freundschaften, Interessen und Verpflichtungen im Rahmen größerer Netzwerke mit der Abwesenheit von formalen Organisationsstrukturen und Öffentlichkeit zum Ausdruck bringen. Aus dieser Perspektive schließt sich die Frage an, in welchem Ausmaß auch nach dem Systemwandel bei wachsender sozialer Ungleichheit und politischer Ausdifferenzierung, die soziale Gemeinschaftsbildung in Ostdeutschland ein hohes Anspruchsniveau an Konsens und Toleranz gegenüber internen Differenzen sowie an Gemeinsinn aufrechterhalten kann und als politisch-kulturelles Muster in die Prozesse der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung Eingang finden wird.¹

Anmerkung

1) Vgl. ausführlich: Ritter, Claudia, 1996: Politische Identitäten in den neuen Bundesländern. Distinktionsbedarfe und kulturelle Differenzen nach der Vereinigung. In: Wiesenthal, Helmuth (Hg.): Einheit als Privileg. Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands. Frankfurt a.M.: Campus, 141-186 u. Dies. 1997: Identity Politics in East Germany. German Politics, Vol. 4.

Dr. Claudia Ritter, Humboldt-Universität zu Berlin, Max-Planck-Gesellschaft, AG Transformationsprozesse, Jägerstr. 10-11, D-10117 Berlin

5. Ethnische Milieus und die Ausbildung ethnischer Codes. Die Bildung ethnischer Gemeinden in Rußland

Ingrid Oswald

Unter Transformationsbedingungen kam es in Rußland zu einer Aufwertung ethnischer Orientierungen, da das Integrationsmodell des »Sowjetvolkes« seine Funktionen verloren hat. Doch handelt es sich nicht nur um eine zunehmende Ethnisierung sozialer Beziehungen, sondern auch um eine, nunmehr mögliche, schärfere Wahrnehmung und kritische Beurteilung solcher Phänomene durch Öffentlichkeit und Wissenschaft. Dies – die Kombination von ethnisierten Sozialbeziehungen und deren Bedeutungserhöhung durch die öffentliche Diskussion – hat einen starken Ausbau ethnisch-kultureller bzw. religiöser Gemeindeeinrichtungen zur Folge gehabt, wo gegenwärtig am kollektiven Selbstbild der jeweiligen